

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Spaniens Diktator behauptet sich.

Mit Hilfe des Königs. - Kein Nachfolger vorhanden.

Paris, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Die strenge Zensur, die in Spanien über sämtliche Verbindungen nach außerhalb geübt wird, gestattet keinerlei objektives Bild über die Vorgänge. Nach den letzten Nachrichten der Pariser Morgenpresse scheint es, daß es Primo de Rivera gelungen ist, den Widerstand der Artillerieoffiziere in mehreren Garnisonen zu brechen. Ebenso scheint sich der König auf Seite des Diktators gestellt zu haben und ihn mit allen Mitteln zu unterstützen.

Am Montag hat ein Kabinettsrat stattgefunden, nach dessen Verlassen der Diktator erklärte, alles deute darauf hin, daß die Ruhe in kürzester Zeit wiederhergestellt sein werde. Primo de Rivera hatte im Laufe des Montag mehrere Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und des Heeres. Außerdem empfing er auch den englischen Botschafter.

Das Zentrum der militärischen Bewegung gegen Primo ist die Stadt Bilbao. In Madrid dagegen ist die Garnison der Regierung treu geblieben. Wegen Beteiligung an der Meuterei sind insgesamt 1667 Offiziere ihres Postens entbunden worden. Die Flotte in Cadix und die Kriegsindustrie in Barcelona hatten sich der Aufstandsbeziehung der Artillerie angeschlossen. In Barcelona hatten sich zwei Artilleriekasernen geweigert, ihre Waffen abzuliefern und sich zu ergeben. Die Gebäude wurden von Kavallerie und Infanterie umzingelt, worauf die eingeschlossenen Truppen die Waffen niederlegten.

Alle ausländischen Zeitungen werden an der Grenze angehalten, um die spanische Bevölkerung ruhig im unklaren zu lassen über die Vorgänge.

Nach den jüngsten Meldungen aus Madrid hat General Primo de Rivera am Montag im Laufe einer Besprechung mit dem König diesem keine Demission angeboten. Der König habe sie aber abgelehnt, da er überzeugt sei, daß zwar zahlreiche Generale geneigt seien, sich gegen Primo de Rivera aufzulehnen, aber kein einziger davon imstande sei, ihn im gegenwärtigen Augenblick an der Spitze der Regierung zu ersetzen.

Die Stimme des spanischen Offiziosus.

WLB. verbreitet folgende Mitteilung: Nach einem Telegramm aus Madrid, das heute früh bei der Berliner spanischen Botschaft eingelaufen ist, haben sich die Lehrer der Artillerieakademie

von Segovia der Regierung unterworfen. Damit könne man den Widerstand der Kommandeure und der Offiziere der Artillerie gegen die Staatsgewalt als beendet betrachten. Diese Offiziere würden nunmehr durch Militärgerichte abgeurteilt werden.

Es ist zu bemerken, so fährt der Bericht fort, daß die jetzigen Vorkommissionen in Spanien in Wirklichkeit weder eine militärische noch eine politische Revolution darstellten, sondern eine korporative Aufsehnung zur Verteidigung einer Auffassung, die der Regierungsmeinung entgegengesetzt war.

Rivalität im Artillerieoffizierskorps als Ursache der Revolte.

London, 7. September. (E.P.) Der „New York Herald“ meldet aus San Sebastian, daß die Königin von Spanien den früheren amerikanischen Botschafter in Madrid Moore erklärt habe, daß die Unruhen der letzten Tage von den Artillerieoffizieren angezettelt worden seien, die nicht in Marokko gelämpft haben. Primo de Rivera habe ein Befehl erlassen, wodurch die Beförderung der Offiziere nicht mehr nach Dienstjahren, sondern nach Verdiensten erfolgen soll. Die in Frage stehenden Offiziere hätten nun geglaubt, bei der Beförderung zu kurz zu kommen. — Die „Daily Mail“ meldet aus San Sebastian, daß die plötzliche Abreise des Königs nach Madrid auf einen Anschlag der spanischen Republikaner zurückzuführen sei, die geplant hätten, den König gefangen zu nehmen und zum Abdanken zu zwingen.

Die Madrider Artillerie ergibt sich.

Paris, 7. September. (WLB.) „New York Herald“ meldet aus Madrid, gestern abend um 7 Uhr hat sich die gesamte Artilleriegarnison von Madrid, bestehend aus vier Regimentern, ohne einen Schuß den Regierungstruppen ergeben.

In Barcelona gibt die Artillerie ihre Kasernen preis.

Madrid, 6. September. (8 Uhr 45 Min. abends.) (WLB.) Es herrscht vollkommene Ruhe. Bis jetzt ist kein Zwischenfall zu melden. In Barcelona wurden die Artilleriekasernen von den Offizieren in voller Ruhe verlassen. Infanterie- und Kavallerieabteilungen besetzen diese Kasernen, ohne daß sich der geringste Zwischenfall ereignet hätte.

Aus Gibraltar wird gemeldet, daß sämtliche Artillerieoffiziere von Algeciras entgegen dem Befehl der Regierung ihre Uniformen sowohl in den Kasernen wie auf der Straße weitertragen, ohne daß sie von den Behörden deswegen belästigt wurden.

Die russische Mauer.

Moskauer Pressepolitik.

Die russische Botschaft in Berlin hatte, wie unseren Lesern bekannt, unserem Genossen und Mitarbeiter Kurt Heinig die Erlaubnis zur Reise nach Rußland zunächst zugesagt, sie sah sich aber infolge einer Entscheidung der Moskauer Regierung genötigt, diese Zusage zu widerrufen. Die peinliche Lage, in die sie durch den Unverstand ihrer Auftraggeber geraten ist, verdient alles Mitgefühl, sie gibt ihr aber nicht das Recht, die Verantwortung für das sogenannte „Mißverständnis“ dem Genossen Heinig zuzuschreiben, wie sie das heute morgen in ihrem hiesigen Organ tut. Dagegen setzt sich Genosse Heinig mit der folgenden Erklärung zur Wehr:

1. Das hiesige Organ der russischen Botschaft behauptet „ein geheimes Abkommen“ entdeckt zu haben, das zwischen dem „Vorwärts“, der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftspresse und mir geschlossen worden sei. Diese Entdeckung sei der Grund der Zurückziehung der bereits erteilt gemessenen Einreiseerlaubnis.

Der heimliche Zweck meiner Rußlandreise sei nach jenem „Abkommen“

- a) ich solle mir die Autorität eines Rußlandstenners verschaffen,
- b) mit dieser Autorität solle ich den Arbeiterdelegationen im „Vorwärts“ sowie in der übrigen Partei- und Gewerkschaftspresse entgegenreten.

Ich erkläre hiermit öffentlich, daß das hiesige Organ der russischen Botschaft mit diesen Behauptungen bewußt die Unwahrheit sagt. Das „Abkommen“ ist frei erfunden.

2. Weiter läßt die russische Botschaft als anderen Grund zur Zurückziehung der erteilten Erlaubnis die Behauptung verbreiten, daß ich ihr weder über meinen Reisezweck noch über meine Auftraggeber die volle Wahrheit gesagt hätte.

Für heute möchte ich darauf nur antworten, daß meine Einreise mündlich und schriftlich von dritter, und zwar von kommunistischer Seite, bei der russischen Botschaft befürwortet worden ist. Diese Befürwortung erfolgte bei voller Kenntnis meiner Absicht, in der sozialdemokratischen Arbeiterpresse über die Eindrücke meiner Rußlandreise zu berichten. Und das Allerwichtigste: die Genehmigung meiner Einreise ist auf Grund jener Befürwortungen erfolgt.

3. Im übrigen muß ich die Unanständigkeit zurückweisen, die darin liegt, mir vorgefaßte Meinungen gegen Rußland zu unterstellen. Ich bin seit Jahren aus freier Entscheidung Mitglied der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands“, ich habe weder im „Vorwärts“ noch sonstwo gegen Rußland Stellung genommen. Es ist mir deswegen unerfindlich, mit welchen Beweisgründen die Objektivität meiner Berichterstattung anzuzweifeln war.

Berlin, 7. September.

Kurt Heinig.

Man kann wohl sagen, daß die Größe der Verlegenheit, in der sich die russische Botschaft befindet, erkennbar ist an der Plumpheit der Ausreden, die sie gebraucht. Die russische Botschaft will nicht gewußt haben, daß Heinig über seine russischen Reiseindrücke dem „Vorwärts“ etwas schreiben wolle. Heinig habe ihr das gestiftetlich verschwiegen. Ganz abgesehen davon, daß sie damit, wie Heinig beweist, die Unwahrheit sagt — hätte die Botschaft nicht selbst die schwarzen Pläne Heinigs erraten können, wenn er sie ihr wirklich ängstlich verschwiegen hätte? Die russische Botschaft muß doch wissen, daß Genosse Heinig jahrelang Redakteur am „Vorwärts“ war, daß er heute noch sein Mitarbeiter ist und beispielsweise über seine Amerikareise im „Vorwärts“ berichtet hat. Wenn sie jetzt so tut, als hätte sich Genosse Heinig gewissermaßen verummummt und verkleidet nach Rußland einschleichen wollen, so ist das doch einfach kindisch!

Aber noch mehr: dieselbe russische Botschaft, die nicht gewußt haben will, wer Heinig ist, besitzt auf einmal so genaue Kenntnisse von den Beziehungen, die zwischen Heinig und uns bestehen, daß sie sogar Geheimabkommen entdeckt, die zwischen uns und ihm geschlossen worden sein sollen! In journalistischen Kreisen wird die Bezeichnung von Abreden, die zwischen den Redaktionen und ihren Mitarbeitern getroffen werden, als „Geheimabkommen“ sicher den frühesten Widerhall finden. Jedermann weiß doch, daß solche Dinge nicht auf Pergamenten mit Wachsigeln, sondern in kollegialer Aussprache erledigt werden. Unter solchen Umständen ist das „Geheimabkommen“ eine selbst für einen ordinären Polizeispitzel ganz ungewöhnlich dumme Erfindung.

Das hiesige Organ der russischen Botschaft beginnt seine Ausführungen über den Fall Heinig mit dem Satz: „Der Sonntag „Vorwärts“ schweigt in lauter Wonne.“ In diesen Worten scheint uns eine außerordentlich scharfe Kritik des Verhaltens der russischen Regierung zu liegen, sie sagen doch dem Sinne nach: „Da haben die in Moskau eine ungeheure Dummheit gemacht, und der „Vorwärts“ reißt sich darüber die Hände.“ Mit der ungeheuren Dummheit stimmt's, aber daß wir über sie Freude empfinden, ist falsch.

Wir sind keine Kommunisten, die mit „Enklarungsmanövern“ arbeiten. Genosse Heinig hat das Einreisegesuch nicht gestellt, damit es abgelehnt werde und die russische Regierung Gelegenheit finde, sich zu blamieren, sondern er hat es getan mit dem Wunsch und in der Hoffnung, daß die Bewilligung erteilt werden würde. Diesen Wunsch und diese Hoffnung hatten wir geteilt in voller Kenntnis der Tat-

Gegen die Diktatur der Großmächte.

In Genf wehren sich die Kleinen.

V. Sch. Genf, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Nichttrauen der kleinen Staaten gegen die Großmächte ist eine alte Erscheinung im Völkerbund. Sogar die Tatsache, daß sich vor Zusammenritt der Studentenkommision Frankreich, Deutschland und England grundsätzlich geeinigt hatten, ohne Fühlungnahme mit den übrigen Mächten, ist von den kleinen Staaten ungünstig aufgenommen worden. Ein Artikel des „Matin“, der diese deutsch-französisch-englische Einheitsfront als bedeutungsloses Ereignis mitteilte, das für die Entwicklung des Völkerbundes richtunggebend sein werde, hatte lebhafteste Beunruhigung in den kleinen Staaten ausgelöst und einen Gegenartikel des „Journal de Genève“ veranlaßt, in dem gegen die geplante „Diktatur der Großmächte“ protestiert wird und die kleinen Staaten zum Widerstand dagegen aufgefordert werden.

Nur unter diesem Gesichtspunkt ist ein kleiner Zwischenfall zu bewerten, den Ransen-Korwegen am Schluß der gestrigen Vollversammlung verurteilte, als er sich lebhaft darüber beschwerte, daß er und viele andere Delegierte infolge der schlechten Akustik nicht gehört hätten, was der Präsident vorgeschlagen und worüber man abgestimmt hätte. Jetzt verlautet, daß Ransen in der nächsten Sitzung einen zweiten Vorstoß machen wird, der sich gegen die Diktatur der Großmächte bzw. des Völkerbundsrichters richtet. Er will beantragen, daß entgegen dem Vorschlag des Rats eine getrennte Abstimmung über den permanenten Ratsitz für Deutschland und über die Schaffung der drei neuen nichtständigen Ratsitze vorgenommen werde. Offenbar wollen die kleinen Staaten eine Debatte über diese Vermehrung der nichtständigen Ratsitze entfesseln, um ihren grundsätzlichen Widerstand gegen diese Neuerung in der gleichen Form zum Ausdruck zu bringen, wie es bereits Schweden in der Studentenkommision getan hat. Irgendeine Kompromittation ist von diesem Vorstoß nicht zu erwarten und auch nicht eine Verzögerung des Eintritts Deutschlands. Es handelt sich, wie gesagt, lediglich um die alte Rivalität zwischen den großen und den kleinen Mächten.

Das Bureau gewählt. - Die Sitzungen des heutigen Nachmittags.

Genf, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag wurde in der Sitzung der Vollversammlung das Bureau gewählt,

das, wie üblich, aus dem Präsidenten der Tagung und den Vorsitzenden der sechs regelmäßigen Kommissionen besteht.

Das Bureau, dem die Vertreter der vier ständigen Ratsstaaten angehören, tritt heute nachmittag um 3 Uhr zur Beratung der formalen Erledigung des deutschen Ausnahmegerichtes und der Beschlüsse über die Ratserweiterung zusammen. Außerdem werden die sechs Vermittlungsausschüsse heute nachmittag ihre konstituierenden Sitzungen abhalten. Auch der Völkerbundsrat hat auf heute nachmittag eine Sitzung anberaumt.

Der Völkerbund in den deutschen Rundfunk!

V. Sch. Genf, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Reden in den öffentlichen Sitzungen der Vollversammlung werden in verschiedenen Ländern durch Radio verbreitet, vor allem in Frankreich, in England, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei. Uns will es scheinen, daß Deutschland alles Interesse daran hätte, sich in besonderer Weise der Popularisierung des Völkerbundsgedankens zu widmen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Jamindest könnte man den Verlauf der Sitzung am Freitag vormittag, in der Deutschland in Genf erscheinen wird, durch Rundfunk verbreiten. Zwar werden die meisten Reden nur in französischer und englischer Sprache gehalten, aber erstens dürften viele Tausende von Zuhörern sich trotzdem dafür interessieren, und außerdem wird ja Stresemann seine Eintrittsrede zweifelslos in deutscher Sprache halten.

Das Kölling-Verfahren eingestellt!

Gaas, Fischer, Reuter erhalten Entschädigung!

Magdeburg, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Das im Zusammenhang mit dem Nordprozess Schröder vom Untersuchungsrichter Kölling eingeleitete Strafverfahren gegen den Kaufmann Rudolf Gaas, den Schriftlicher Fischer und den Chauffeur Reuter wegen angeblicher Anstiftung und Beihilfe zum Mord ist jetzt durch Gerichtsbeschluss endgültig eingestellt worden. Gleichzeitig wurde der Anspruch der zu Unrecht Verurteilten auf Entschädigung für unschuldig erlittene Unterdrückungshaft anerkannt.

sache, daß Heinig Mitglied der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands ist und daß gerade von ihm eine voreingenommene, einfach alles herunterreichende Kritik am allermeisten zu erwarten wäre. Denn, unter uns gesagt, eine solche Art der Berichterstattung würde gar nicht die Reispespen lohnen. Daß in Rußland manches auf ist, weiß man. Daß dort noch immer ein so blühendes Polizeistat als in der Zarenzeit, daß man dort noch immer eine ganz lächerliche, dem Westeuropäer ganz unverständliche Furcht vor dem freien Wort empfindet, ist zur Genüge bekannt.

Es ist auch nicht notwendig, einen Berichterstatter nach Rußland zu schicken, um festzustellen, daß es unmöglich ist, die russischen Methoden schablonenhaft auf Europa zu übertragen. Das weiß schließlich heute auch schon jeder Kommunist. Aber ganz abgesehen davon, gibt es in Rußland doch viele Dinge, die genau kennenzulernen, gerade auch für den Sozialisten besonders interessant ist. Und befinden sich unter diesen Dingen auch solche, die Anerkennung und Nachahmung verdienen — wem könnte das lieber sein, als uns, die wir ständig unter dem Argument der Gegner zu leiden haben, in Rußland habe „der Margismus“ auf allen Gebieten vollständig verlagert?

Der Kommunismus lebt von der illusionären Vorstellung eines russischen Sowjetparadieses. Es wäre falsch, daraus zu schlussfolgern, die Sozialdemokratie brauche zu ihrer Existenz die Vorstellung einer Sowjethölle. Die deutsche Sozialdemokratie ist stark genug, um dem heutigen Rußland und dem russischen Bolschewismus ganz unvoreingenommen gegenüberzutreten zu können. Von einer Berichterstatter, die Licht und Schatten gerecht verteilt, hat sie nicht das allermindeste zu befürchten. Aus solchen Gedanken ist der Plan einer Rußlandreise des Genossen Heinig entstanden, der nun durch das vielberedete „Mißverständnis“ durchkreuzt worden ist, aber das Mißverständnis liegt ganz auf der russischen Seite.

Die chinesische Mauer ist gefallen, die russische steht noch. Auch sie endlich einmal zu beseitigen, wäre ein revolutionärer Akt. Wir halten es, wie gesagt, aus, wenn über Rußland außer dem Schlechten, das es dort unstrittig gibt, auch Gutes berichtet wird. Die russische Regierung sollte sich auch stark genug fühlen, in der ausländischen Presse — von der inländischen reden wir erst gar nicht — ein unbequemes Wort zu ertragen. Sie sollte Abstand nehmen von einer Pressepolitik, die sie, wie der vorliegende Fall zeigt, vor den Augen der ganzen Welt blamiert.

Russische Parteidemokratie.

Was die Bolschewisten Diskussion nennen.

In der „Pravda“ berichtet ein sehr beflissener Stalinjünger über die Parteidiskussion in der Moskauer Organisation. Dieser Bericht ist sehr lehrreich. Man erfährt daraus, was die Bolschewisten unter „innerparteilicher Demokratie“ verstehen. Wörtlich heißt es in dem Bericht:

Für den Gang der Debatte ist die außerordentliche Aktivität der Organisation bezeichnend. In den Versammlungen nahmen 75 bis 80 Proz. aller Parteimitglieder teil. Das bedeutet in Wirklichkeit den gesamten zu mobilisierenden Bestand der Organisation, wenn man Urlaub, Ferien, Reisen und Schichtwechsel der Betriebe in Betracht zieht. Durchschnittlich sprachen in jeder Versammlung acht bis zwölf Genossen. Es wurden mehr als 10.000 Zettelanfragen gestellt. Bezeichnend ist, daß die Oppositionellen sich jeder Beteiligung an den Debatten (mit ganz verschwindenden Ausnahmen) enthielten und es dafür vorzogen, die Referenten mit Zettelanfragen zu bombardieren. Manchmal waren ganze Stöße solcher Zettel von einer Hand geschrieben. Die Oppositionellen verzichteten auch in der Regel auf jede Abstimmung.

Danach sieht die Parteidemokratie also ungefähr so aus: Zu den Versammlungen erscheint natürlich jeder. Erstens, wäre Richt-

beleidigung gefährlich und zweitens sind die Internen Parteiversammlungen die einzige Informationsquelle, um mehr zu erfahren, als in der parteioffiziellen Presse mitgeteilt wird. Kein Mensch wagt aber in den Versammlungen aufzutreten und etwa eine abweichende Meinung zu äußern. Das einzige Zustuchtmittel sind die sogenannten „Zettel“, die nach jeder bolschewistischen Sitzung dem Referenten herausgereicht werden. Abstimmung erfolgt nicht, denn alle sind immer einmütig für die „Einheit der Partei“ und für die jedesmalige „leninistische Linie“. Ein paar Leute treten auf, das sind diejenigen, die sich bei den Parteibehörden beliebt machen wollen und die hegen dann in der gemeinsten Weise gegen jeden, der Mut gehabt hat, als Oppositioneller aufzutreten und der bei dem Kampf in den „höchsten Sphären“ (ein typischer russischer Ausdruck aus der Zarenzeit) unterlegen ist. Das alles nennt man „Demokratie in der Partei“. Und mit solcher Anechtung der Geister will man in einem Riesensland wie Rußland den Sozialismus aufzichten!

Gelbe Aufregung.

Hugenberg gegen Silberberg.

In der gesamten Rechtspresse hat sich ein großes Lärmen ob der Rede des Industriellen Dr. Silberberg aus der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie erhoben. Zunächst war es eine Kakophonie von wilden Tönen der Aufregung und Entrüstung, jetzt ordnen sich allmählich die Stimmen, man könnte sogar sagen, eine gewisse Regie werde erkennbar. Allmählich führt die Presse der Rechten die Punkte der Silberbergrede heraus, die für sie am schmerzlichsten sind.

Sie darf es nicht zugeben, daß die Sozialdemokratie die Massenpartei der deutschen Arbeiterschaft ist! Darum läßt Hugenberg im „Tag“ den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Lambach vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gegen Silberberg schreiben, darum heißt es in den „Hamburger Nachrichten“:

„Entschiedenem Widerspruch aber fordert die Behauptung Dr. Silberbergs, die große Mehrheit der Arbeiterschaft finde in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung. Im Gegenteil hat sich ein sehr erheblicher Teil der deutschen Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie abgewandt, darüber können Winnigs Schriften Herrn Dr. Silberberg aufklären. Die Sozialdemokratie ist eine Klassenpartei, eine Art Islam, aber niemals die politische Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, auch wenn es die sozialdemokratische Presse noch so lärmend und ungestüm behauptet. Jene Abkehr der Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie, ihr erwachtes Gemeinschafts- und Nationalgefühl soll man fördern und hegen; aber ihr nicht die Sozialdemokratie noch besonders empfehlen.“

Das ist der Schmerz der Gelben: jene Gruppen und Grüppchen aus gelben, national maskierten Werkvereinen, aus Renegaten des Sozialismus und Suspendierten der Arbeitgebervereine werden allerdings rücksichtslos preisgegeben, wenn die Anschauungen der Silberberg-Rede bei den Industriellen Gemeint werden. Wer wie Silberberg offen mit der Arbeiterschaft reden und verhandeln will als anerkannte Macht zu anerkannter Macht, für den darf kein Raum mehr sein für die Methoden der Korruption der Arbeiterschaft durch gelbe Werkvereine und durch die übrigen Machenschaften, die in der Arbeitgebervereine vor einiger Zeit beliebt waren.

Es ist daher nicht überraschend, daß eine Anschauung, die das Gift dieser Methoden aus den Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern entfernen will, sich den besonderen Haß Hugenbergs zugezogen hat. Wer in irgendeiner Beziehung für Reinlichkeit eintritt, muß damit rechnen. Mit Schmutzereien und Böbeln hat die Hugenbergpresse den Feind gegen Silberberg begonnen — man kann voraussehen, daß sie unter eigener oberster Regie ihres Besitzers ihn in entsprechender Tonart fortsetzen wird.

Der spaltende Bürgerblock.

In Sachsen wird der Jungdo gesprengt.

Unter Führung des Reichsdeutscher Thiergartens sucht man in Sachsen den Bürgerblock für die Landtagswahlen zusammenzubrauen. Die „Wehrverbände“, das heißt der Stahlhelm, die Widlinger und die Wehrwölfe, schließlich auch die Vertreter des Jungdeutschen Ordens haben sich auf die bürgerlichen Parteien gestürzt, um sie zu einem Stahlhelmblock zusammenzuschmieden.

Das erste, was dabei erreicht wurde, ist die Sprengung des Jungdeutschen Ordens. Dessen „Hochmeister“ Radraun und „Hochkapitel“ haben sich energisch gegen die Einmischung der Jungdeutschen in den „Parteilismus“ gemeldet und den sächsischen „Brüdern“ sogar verboten, den Sammeltrieb mitzumachen. Darauf erklärte der „Großkomtur“ Sachsens, von Tschammer und Osten, er spiele nicht mehr mit, wenn er nicht ein bishigen Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie machen könne, trat aus und verschwand.

„Jetzt folgt ihm die ganze „Ballei sächsische Lausitz“ nach. Sie hat am Sonntag in Löbau diese Entschliebung gefaßt:

„Die heute in Löbau versammelten jungdeutschen Meister und Brüder als Vertreter der Ballei sächsische Lausitz haben mit tiefem Schmerz von dem Gegensatz zwischen der Leitung des Ordens und ihrem Führer in Sachsen Kenntnis genommen. Nach eingehender Aussprache ist völlige Übereinstimmung darüber erzielt worden, daß die von dem bisherigen Großkomtur von Sachsen eingelagerte Politik, die sich allzeit jeder Einmischung in Parteipolitik ferngehalten hat, die einzig mögliche für die nationale Entwicklung unseres Sachsenlandes gewesen ist. Sie danken ihrem bisherigen Führer für die opfervolle Arbeit, die er für die jungdeutsche Bewegung und für die Sammlung staatsbehaltender Kräfte in Sachsen geleistet hat. Aus diesem Grunde sind sie nicht in der Lage, die Beschlüsse des Hochkapitels vom 25. und 27. August d. J. sowie des Komturkapitels in Dresden vom 31. August 1926 anzuerkennen. Schweren Herzens hat sich deshalb die Ballei sächsische Lausitz entschlossen, eine Trennung von der Reichsleitung des jungdeutschen Ordens so lange vorzunehmen, bis in Berlin die Erkenntnisse durchgedrungen sind, daß das fortgesetzte Sturmlaufen gegen alle gesunde nationale Aufbauarbeit anderer unendlich viel schadet und bis dadurch die Erkenntnisse sich ausgewirkt hat und er offen und willig sich in die große Front der nationalen Bewegung einordnet hat. Unbeschadet dessen werden die Brüder der Ballei sächsische Lausitz getreu ihrem Gelübnis am jungdeutschen Gedanken weiter festhalten und in sich brüderlich zusammenstehen, bis die von ihnen heiß ersehnte Stunde kommt, in der sie sich vertrauensvoll der Leitung des Jungdeutschen Ordens mit gutem Gewissen vor Gott und Vaterland wieder anschließen können.“

Der „tiefe Schmerz“ und die „heiße Sehnsucht“ sind nur nette Klüffeln für die Tatsache, daß den „Meistern und Brüdern“ der Kampfblock gegen die sozialistische Arbeiterschaft wichtiger ist, als alle Gelübde an die Mystik ihres Ordens!

Die Blöcker haben inzwischen eine Sitzung nach der anderen, um die Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen. Der Vertreter des Zentrums hat erklärt, er sei bereit, mitzuwirken, wenn sich alle bürgerlichen Parteien an den Antisozialistenblock beteiligten. Der Zentrums-Landesvorstand hat diese Haltung gebilligt.

Nun haben aber die Demokraten erklärt, daß sie mit Rücksicht auf das Verlangen von zwei Berufsverbänden, die ihr nahestanden, gezwungen seien, aus den weiteren Blockverhandlungen auszuschließen.

Danach dürfte auch die Voraussetzung des Zentrums weggefallen sein. Der Bürgerblock würde also den bisherigen Reichsblock: Volkspartei und Deutschnationalen umfassen, wozu noch die neuen Vertreter der Wehrverbände kommen. Die Industrie unterstützt den Antisozialistenblock nach Kräften. Was Silberberg in Dresden sagte, gilt für Sachsen natürlich nicht!

Der 5. Internationale Straßensongreß wurde in Mailand unter Teilnahme von 52 Vertretern von Staaten der ganzen Welt eröffnet. Die Zahl der Konferenzteilnehmer beträgt 2000. Deutschland ist nicht vertreten, doch sind verschiedene freie Delegierte aus Deutschland erschienen.

„Otto und Theophano“.

Städtische Oper.

Seit langem spricht man von einer Händel-Renaissance und jeder gute Musiker zollt ihr Beifall. Opernhäuser vom Rioau dürfen sich der Aufgabe nicht entziehen, uns die wesentlichsten Theaterwerke des oratorischen Großmeisters vorzuführen. Was die Volksoper mit dem „Cäsar“ begann, mit der „Kodolinde“ fortsetzte, was die Staatsoper sich im Moment verfolgen muß: Händel zu spielen und seinen Stil zu erlernen, das versucht nun die Städtische Oper. „Otto und Theophano“ heißt das Werk. Von einem geliebten Kapellmeister (Zweig) einstudiert und geleitet, von vornehmen Sängern solistisch getragen, von dem besten aller Cembalisten (W. E. Wolff) gestützt, stimmt das Werk andächtig und feierlich. Durch den Adel seiner Melodien, durch die Transparenz der Instrumente, durch das reizvolle Mit- und Gegeneinander des Solo- und Tuttiorchesters, durch die tiefste Befechtheit der Arien. Stücke, wie die Klage der Mutter „gibt mir meinen Sohn zurück“, oder Theophanos Gesang „falsch Gemälde du“, oder der nächstlich-reizvollste Monolog und das heiter-beschwingte Schlusduett „nun laßt uns die Sonne“ — Stücke so fein durchdachten Gesangs und so einfach-grandioser Empfindung vergißt man nicht. Das sind Perlen an einer musikalischen Kette, die nicht abreißt und nur Echtheit an Gefinnung und Leben zeigt.

Die Bewegung für den Opernmann Händel hat einen Hagen als Fürsprecher und Muskbearbeiter. Aber sie hat — trotz aller Schönheit — ihren Haken. Händel hat im Oratorium mit Blick und lechter Genialität die Stagnation der Dakapo-Arie verdrängt durch die Wucht und Dramatik der Chöre. Er hat aus dem lyrisch-religiösen Kunstgebiet ein Epos gemacht. In der Oper aber ist er um die Andeutungen des Theaterromans nicht hinweggekommen, wenigstens nicht für uns, die wir am Russtdrama Wagners geschult wurden. Das Theaterstück, das Drama wird kurz erzählt, aber es lobt nicht auf. Handlung wird verkündet, aber sie kommt dennoch nicht vom Fleck. Aufruhr in Natur, Elementen, Menschenseelen paßt nicht mehr. Der Chor bleibt stummer Statist. Andacht und Bewunderung und Liebe haften am Ereignis des Gesangs, und das Theater als Stätte bewegter, unruhiger Erlebnisse bleibt ruhig, gleichmäßig, unbetroffen. Es ist ein Drama in Zeitlupenaufnahme, und das trotz aller geschickten, energischen Striche. Dazu kommt das herrliche Gleichmaß des Orchesterklanges, in dem die Bläsernünancen fast völlig fehlen. Jedes Teilchen, goldhaltig, glänzt und wirkt. Der großen Summe von ruhig gehaltener, edelster Schönheit gegenüber tritt Müdigkeit ein. Kein Zufall, daß ein geschmackvolles Publikum, das zu bewundern schien, in echte Begeisterung erst gerät, als das Vorspiel zum letzten Akt, ein dem Concerti grossi ebenbürtiges Stück, erklang. Hier wollte man ein Dakapo. Zu Händels Zeiten verlangte man es von den Sängern, die allerdings viel freier

mit Verzierungen, Ausdruck, Schmuck der Arien umgingen als unsere Sänger. Vielleicht agierten sie auch mehr, und der Chor bewegte sich nicht so parzinalhaft stumm, als gälte es einer Trauerfundgebung. Große Stückgold warf den ganzen Zauber ihrer Stimme und die Anmut eines gleichmäßigen Spiels in die Bagdole, Guttmann den großen Zug seiner gebildeten Sprache. Beide kommen, wie Marie Schulz-Dornburg, vom Oratorium her, und alle drei manifestierten das im gefundenen Stil ihres Singens. Köbin und Dittler konnten schon mehr Fleiß und Temperament zeigen, die Berglund blieb blaß. Interessierte sie ihre Rolle nicht sonderlich?

Entschuldigung für alle, auch für nichtgepaarte Zuhörer: das Haydnische Buch zergliedert eine dahinsiegender Kriegs- und Trugsgeschichte in kleinste Episoden, die ihren Zusammenhalt auch in der schönsten Musik nicht mehr wahrnehmen können. Es geht viel vor sich, ehe Otto seine Theophano krönt, ehe Adalbert, der Sohn Gismondas, seine falsche Otto-Waise ablegt, dem Kerker entflieht, Theophano als Beute minimiert, ehe der Seeräuber Emireus sich märchenhaft als Bruder der Theophano entpuppt, ehe der König Gnade übt und ehe Friede auf den Brettern ist, die die Welt bedeuten.

Ein Drama von geringer Bewegung, ein Oratorium ohne Chor, ein Gleichmaß an würdiger Stimmung, ein theatralisches Stillstehen, aber eine herrliche, glückhafte, wunderooel-reflexive Musiksprache. Es lebe das Oratorium Händels! Kurt Singer.

Das neue Reims — die schönste Stadt Frankreichs. Der Wiederaufbau des im Kriege zerstörten Reims ist jetzt vollendet, und französische Blätter feiern die neuerstandene Stadt als die schönste Frankreichs. Reims hatte vor dem Kriege gegen 11.000 Häuser, die zum allergrößten Teil beschädigt wurden. Aus den Ruinen ist nun ein ganz neues Reims entstanden, das fast 15.000 Wohnhäuser umfaßt. Sie sind alle mit dem neuesten Komfort eingerichtet und haben eine hohe künstlerische Schönheit. Es gibt keine Lädenfront in dem neuen Reims, die nicht aus Marmor bestünde; die Hausfront selbst der kleinsten Häuser sind mit Marmor ausgelegt. Die Straßen sind breit und sauber. Die Hotels und Restaurants haben die besten Einrichtungen, die man in Frankreich findet. Die Läden sind mit besonderem Luxus ausgestattet. Besonders die Friseurgeschäfte überraschen den Besucher durch die neuesten Anlagen, die es auf diesem Gebiet gibt. Vor dem Kriege hatte Reims eine Einwohnerzahl von 25.000 Seelen. Das neue Reims und seine Vorstädte gewähren 300.000 Menschen Unterkunft. Nur die Kathedrale ist bisher in ihrem beschädigten Zustand geblieben als ein Denkmal der Kriegsgeschichte, und es ist noch zweifelhaft, ob sie wiederhergestellt werden soll.

Das Faschistenlied vor Gericht. Das faschistische Italien hat ein schmerzliches Schlag getroffen. Ihr Heiligtum, ihre Sieg- und Triumphfanfare, die „Giovinezza“, die Italien vom Nordrand der Alpen bis hinunter an die Südpole Italiens durchklingt, ist geklaut. Bis jetzt haben sie sie als eine Frucht des italienischen Geistes und der italienischen Seele gepriesen. Und nun muß gerade das, worauf sie ganz besonders stolz sind, das Lied der ewigen Jugend, ihre

„Giovinezza“, einen Vermutungsstropfen erhalten. Es ist gar keine italienische Melodie, sondern zur Hälfte eine deutsche!

In Florenz streitet man sich vor den Gerichten hin und her, wer der Autor der Faschistenhymne sei. Auf der einen Seite steht der Komponist Giuseppe Blanc und behauptet, der Florentiner Ranno Ranni, der die Ruhmehymne des Liedes hat, habe die Hymne aus seiner Operette „Das Fest der Blumen“ entnommen und perwertet. Dann hätten es die Soldaten im Kriege gefungen, und danach sei das Lied von den Faschisten zur offiziellen Hymne erhoben worden. Einmal wurde Herr Ranni bereits von einem florentinischen Gericht wegen geistigen Diebstahls verurteilt, aber das Appellationsgericht sprach Ranni frei mit der Begründung, daß seine Handlung kein Verbrechen darstelle.

Kein Wunder: das florentinische Appellationsgericht wird sich hüten, zu sagen, dieses Plagiat sei ein Verbrechen, da Herr Ranni den Nachweis erbrachte, der Komponist Blanc hätte die Hauptmelodie aus einem schönen deutsch-schweizerischen Volkslied „Die Mädchen von Emmenhal“ gestohlen. Die Mädchen von Emmenhal werden sich freuen, daß sie so populär geworden sind. Aber wie wäre es, wenn die nun wiederum Klage gegen Herrn Blanc und die Faschistenverbände wegen Verpigelung solcher Tatsachen erheben würden. Sei es, wie es sei: blamabel ist die Sache, und für die Faschisten wäre es höchste Eile, ihre „Giovinezza“ zu entthronen, da sie übermäßig viel deutsches Blut in ihren musikalischen Adern hat.

Eine deutsche Kunststiftung für den Völkerbund. Die Reichsregierung hat für das Internationale Arbeitsamt des Völkerbundes in Genf drei große Maschinen gestiftet. Sie sind von Max Beckstein entworfen, von Puhl und Wagner, Gottfried Heinersdorff in Berlin-Treptow ausgeführt worden. Die drei Fenster stellen die Arbeit dar: in bewegten Arbeitsgruppen aus Industrie, Handel und Landwirtschaft. Sie werden zurzeit in Genf eingesetzt und werden dort ein würdiges Zeugnis ablegen für den Stand der deutschen Kunst und des deutschen Handwerks.

Die Bildausstellung der „Deutschen Kunstgemeinschaft“ im Schloß wird am Donnerstag, den 9. September, 5 Uhr nachmittags eröffnet.

Der Volkschor Königsberg gibt am Sonnabend in der „Neuen Welt“, 7½ Uhr, ein Vokalconcert. Bei der Begrüßung werden die gemischten Chöre „Or. Berlin“ und „Gesangsvereinigung Roseberg d'Argento“, sowie der „Friedrich-Schlegel-Chor“ als Männerchor mit.

Eine historische Ausstellung in Dresden. Vom 7. bis 10. September veranstaltet das sächsische Staatsarchiv in Dresden-Kenning eine Ausstellung zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. Die Ausstellung wird große und einzigartige, bisher unbekannte historische Schätze zeigen.

Der Geburtsort des Reichsdeutscher Thiergartens betrug nach einer Meldung der „Festschrift des Reichsdeutscher Thiergartens“ im Jahre 1925 546.426 gegenüber 508.878 im Vorjahr. Die Ziffer beläuft sich auf 8,7 pro 1000 der Bevölkerung gegen 8,2 1924. Den höchsten Lebenserwartung hatten Oberbayern, Westfalen, Thüringen und Preußen, den niedrigsten Hamburg mit 3,8 und Berlin mit 0,3.

Das Leben der heiligen Johanna von Anatole France ist von Friederike Maria Zweig für die deutsche Ausgabe bearbeitet und überarbeitet worden. Das Werk wird vom J. R. Spach-Verlag in Berlin in diesen Tagen herausgebracht.

Die Fragen des Rechts. Zwei Juristentagungen.

L. R. Köln, 6. September. (Eigener Bericht.) Am Laufe dieser und der kommenden Woche finden in Bonn und in Köln zwei Juristentagungen statt, die in doppelter Hinsicht auch für weite Kreise der Arbeiterschaft von großem Interesse sein dürften: einmal durch die Fragen, die zur Beratung stehen; zum anderen durch die voraussichtliche aktivere Beteiligung sozialdemokratischer Juristen an diesen Beratungen. Wie bereits berichtet, werden die parteigenösslichen Juristen am Sonntag in Köln zu einer Konferenz zusammenzutreten. An der zwanglosen Aussprache über die schwebenden Fragen der Justiz und Gesetzgebung werden u. a. auch die Genossen Prof. Kadbruch und Prof. Singheimer teilnehmen, die als Referenten auf dem in Köln vom 12. bis 15. September stattfindenden deutschen Juristentag vorgemerkt sind. Der erstere wird über die so wichtige Frage der strafrechtlichen „Einschließung“ sprechen, die nach dem Entwurf zum neuen deutschen Staatsgesetzbuch an Stelle von Gefängnis und Zuchthaus in allen Fällen treten soll, wenn „der Täter sich zur Tat auf Grund seiner sittlichen, religiösen oder politischen Ueberzeugung für verpflichtet hielt“, Prof. Singheimer über die „Haltung der Gewerkschaften“. Im Programm des Juristentages lautet die Fragestellung zum letzten Punkte folgendermaßen: „Anwieweit haften ein Berufsverein der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer für unzulässige Kampfhandlungen, und welche Aenderung des deutschen Rechtes sind hier, zugleich unter Beobachtung ausländischer Vorbilder, empfehlenswert?“ Das dieses Problem für die Gewerkschaften von größter Bedeutung ist, versteht sich ja von selbst.

Neben diesen beiden Verhandlungsgegenständen des Juristentages sind noch besonders drei weitere zu nennen: das strafrechtliche Problem über den gegenwärtigen Stand und die Ausgestaltung des Auslieferungsrechts und zwei öffentlich-rechtliche Probleme. Das erste behandelt die aktuelle Frage der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und lautet in der Fragestellung des Juristentages: „Empfiehlt sich eine Abänderung der Bestimmungen über parlamentarische Untersuchungsausschüsse, um den ungehinderten Verlauf des Strafverfahrens und die Unabhängigkeit des Richtertums sicherzustellen?“ Das zweite Thema bezieht sich auf die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes bei Verfassungsverstößen. Es ist anzunehmen, daß beide Fragen eine äußerst rege Diskussion hervorrufen werden, in der die sozialdemokratischen Juristen ein Wort mitzureden haben werden.

In Bonn findet vorher die Tagung der deutschen Landesgruppe der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung statt. Als erster Verhandlungsgegenstand steht auf der Tagesordnung die Frage des „richterlichen Ermessens“ nach dem amtlichen Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches. Von nicht geringerer Bedeutung ist bei der Flut der Beleidigungs- und Preßprozesse der zweite Punkt der Tagesordnung: „Wahrheitsbeweis und Wahrung berechtigter Interessen nach dem amtlichen Entwurf eines allgemeinen Strafgesetzbuches.“ Schließlich wird Dr. med. Hübner in einem öffentlichen Vortrag über das Problem der Sterilisation von Geisteskranken und Kriminellen sprechen.

Besonders zu erwähnen wäre noch, daß die Teilnahme der österreichischen Genossen an der Konferenz der sozialdemokratischen Juristen in Köln Gelegenheit bieten wird, die Schaffung eines allgemeinen Strafgesetzbuches für beide Länder zu erörtern, und daß nachgenannte, die an der Arbeit der strafrechtlichen Sektion der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen teilnehmen, eine Sonderkonferenz abzuhalten beabsichtigen.

Besprechung deutscher und österreichischer Sozialdemokraten.

Am 3. September fand in Wien eine Besprechung von Vertretern der sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen Deutschlands und Oesterreichs über den für beide Länder geplanten Strafgesetzentwurf statt. Das neue Strafgesetz soll sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich gelten. Die Rechtsangleichung beider Länder soll auf dem Gebiet des Strafrechts betont werden.

An der Besprechung, welche die beiden Parlamentsfraktionen zwecks gegenseitiger Fühlungnahme über die Stellung zum neuen Strafgesetz veranstalteten, nahmen teil: Genosse Otto Bauer vom österreichischen Parteivorstand, die Genossen Landsberg und Rosenfeld für die deutsche Reichstagsfraktion und die Genossen Renner, Austerlitz, Eisler und Schars für die österreichische Nationalratsfraktion. Die Aussprache ergab eine einmütige Beurteilung des Strafgesetzentwurfes und völlige Uebereinstimmung in der Kritik seiner Mängel, so daß schon jetzt sicher ist, daß die sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen Oesterreichs und Deutschlands bei den parlamentarischen Beratungen des künftigen Strafrechts in vollster Uebereinstimmung handeln werden. Es wurde in Aussicht genommen, zu einem geeigneten späteren Zeitpunkt eine noch eingehendere Spezialberatung des ganzen Gesetzentwurfes stattfinden zu lassen.

Stahlhelm-Nationalhelden.

Anständige Leute rücken ab.

Popenburg, 7. September 1926. (Eigener Bericht.) Die hiesige „Stahlhelm“-Ortsgruppe erlitt soeben in der hiesigen Tagespresse eine Erklärung, in welcher sie von der Wochenzeitschrift „Die Standarte“ wegen eines in diesem Blatt veröffentlichten Artikels, in welchem die politischen Wörder eines Rathenau, Erzbergers u. a. als Nationalhelden verherrlicht werden, abtrübt. Auch das Verhalten des Bundesorgans „Der Stahlhelm“ wird in der vorerwähnten Erklärung scharf kritisiert. Die hiesige Ortsgruppe des Stahlhelms lehnt die Verantwortung für den bekannten Artikel „Der Ungeist von Weimar“, der nach Form und Inhalt berechtigterweise unliebsames Aufsehen erregt habe, ab. Es wird in der Kundgebung am Schluß noch zum Ausdruck gebracht, daß der Stahlhelm seine Ziele nur auf gesetzlichem Wege zu erreichen suche. Diese Verlautbarung ist jedenfalls sehr beachtenswert. Bisher ist in dem Verhalten der Stahlhelmsleitung auch die Ursache dafür zu finden, daß eine prominente Persönlichkeit dieser Organisation den Rücken gekehrt hat.

Die Beschlagnahme des „Jungstahlhelms“ aufgehoben.

Wie der „Stahlhelm“-Verlag mitteilt, hat das Magdeburger Amtsgericht die Beschlagnahme des „Jungstahlhelms“ aufgehoben. Auch die Beschlagnahme der „Elbwacht“ ist aufgehoben worden. Das Verbot der genannten Blätter bleibt bestehen.

Polnisch-marokkanischer Arbeiterkampf. In Marseille sind bei einem Kampfe zwischen etwa 50 polnischen und marokkanischen Arbeitern Revolverkämpfe und Messerfische ausgetauscht worden. Zwei Beteiligte wurden lebensgefährlich verletzt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Unter dem Verdacht des Eisenbahnattentats.

Die Polizei glaubt die Täter gefast zu haben.

Die hannoversche Kriminalpolizei hat mit Unterstützung eines Berliner Beamten sich endlich Mühe gegeben, das Dunkel zu lüften, das sich bisher über die furchtbare Eisenbahnkatastrophe von Weissee dreihete. Wie eine polizeioffizielle bediente Berliner Korrespondenz jetzt zu melden weiß, ist es den Beamten gelungen, zwei Leute zu ermitteln, die angeblich als Täter in Frage kommen sollen. Der genannten Korrespondenz entnehmen wir folgendes:

Es wurde ein Mann ermittelt, dem gegenüber der am 22. Januar 1904 in Schömitz geborene Mechaniker Willy Weber am Grabe seines Vaters gestanden hatte, daß er bei dem Attentat beteiligt gewesen sei. Weber hatte sich mit einem Freunde kurze Zeit in Hannover aufgehalten, war aber verschwunden, als die Kriminalpolizei ihn festnehmen wollte. Er mußte erfahren haben, daß man ihm auf der Spur war. Es wurde nun festgestellt, daß er und sein Freund in der Herberge verschiedentlich gedauert hatten, daß sie nach Berlin wollten. Ferner, daß sie frühmorgens mit einem Zuge aus Hannover abgefahren waren. In Berlin wurde ermittelt, daß Weber und sein Begleiter, der am 6. Januar 1905 in Stuttgart geborene Musiklehrer Otto Schiefinger in der Liste der Ausgäste stand, die am 6. September, also gestern, eingeleitet waren. Unter Zuziehung mehrerer Beamter wurden alle Fälle des Obdaches durchsucht, die beiden Wanderer, Weber und Schiefinger, zunächst aber nicht gefunden. Erst später bei einer Einzelprüfung aller Personen fand man zwei junge Männer heraus, die nach der Beschreibung die Gesuchten sein mußten. Sie waren es denn auch. Beide wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht und sofort einem kurzen Verhör unterzogen. Sie gaben zu, in der kritischen Zeit in der Gegend gewesen zu sein, leugneten aber beide jede Teilnahme an dem ungeheuerlichen Verbrechen. Mit der eindringlichen Ermahnung, sich während der Nacht zu bestannen, wurden sie endlich in den Gewahrsam abgeführt. — Heute früh meldete sich nun Schiefinger freiwillig mit dem Begehren, aus dem Gefängnis den Kommissaren vorgeführt zu werden, um ein Geständnis abzugeben. Schiefinger, ein mittelgroßer, verhältnismäßig gut gekleideter Mann mit Künstlerstos, gab zunächst kurz folgendes an: Im Regland bei Obersdorf im Allgäu war er bis zum Juni d. J. in einer Familie Hauslehrer. Nachdem er durch Verleumdungen und Intriguen diese Stellung verloren hatte, verschickte er sein ganzes Hab und Gut und ging auf die Wanderschaft, um über die Schweiz nach Spanien zu gelangen. Dorthin zog es ihn besonders, weil er sich auch mit Malerei beschäftigte. Etwa am 5. Juni lernte er im Allgäu den Friedrichshafen Willy Weber kennen. Mit diesem durchwanderte er, nachdem er aus der Schweiz ausgewiesen worden war, Deutschland. Die beiden kamen zeitweilig auch auseinander und trafen sich etwa am 20. Juni in Karlsruhe wieder. Weierwandernd kamen sie mehr und mehr herunter und versetzten auf den Gedanken, durch irgend eine Gewalttat sich Geld zu verschaffen. So dachten sie daran, auf den Chausseen Autos anzuhalten und die Insassen zu berauben. Ob sie Pläne dieser Art auch ausgeführt haben oder nicht, werden erst die weiteren Verhöre und Ermittlungen zeigen. An der Eisenbahn entlanggehend, fanden die Wanderer in der Nähe des Talortes bei Weissee einen Schlüssel, wie ihn die Eisenbahnarbeiter gebrauchen. Einen zweiten Schlüssel stahlen sie aus einer Wärrerbude.

Soweit die Meldungen über die ersten Aussagen Schiefingers. Wie wir in Ergänzung des amtlichen Berichts des Berliner Polizeipräsidiums erfahren, hat die Vernehmung Webers noch zu keinem Ergebnis geführt, da dieser auf das entschiedenste behauptet, bei der Ausführung des Attentats unbeteiligt gewesen zu sein. Er gibt allerdings zu, in Gemeinschaft mit Schiefinger gewandert zu

und verschiedentlich auf den Feldern übernachtet zu haben. Während dieser Wanderschaft seien beide sehr heruntergekommen und hätten oft nichts anderes als Feldfrüchte zu essen gehabt. Schiefinger dagegen hält sein Geständnis aufrecht und gibt an, daß beide nach der Ausführung des Attentats von der Unglücksstätte geflohen seien. Ihm sei bei der Ausführung des Anschlags auf den D-Zug nicht der Gedanke gekommen, daß dadurch Menschenleben gefährdet werden könnten.

Wie Eisenbahnunfälle entstehen können.

Man schreibt uns:

Wiederholt führe mich in den letzten Tagen mein Weg auf der Bahn von Görlitz nach Koblenz—Liegnitz. Die zweite Station hinter Görlitz ist der kleine Ort Hennersdorf. Bei meiner Durchfahrt sah ich, daß Streckenarbeiter mit dem Auswechseln der eisernen Schwellen beschäftigt waren. Was sich dort meinen Augen bot, bewog mich am anderen Tage in Hennersdorf die Fahrt zu unterbrechen und mich durch Augenschein von jenen Arbeiten zu überzeugen.

Ich bin nicht Fachmann, doch der allein müßte hier die unerhörteste Schlamperie feststellen. Es zeigte sich, mit welcher ungeheuren Leichtfertigkeit man Leben und Gesundheit des reisenden Publikums behandelt. Die ausgewechselten eisernen Schwellen waren in einem unbeschreiblichen Zustande. Entweder waren die Köpfe vollständig abgedreht, oder an den Verschraubungslöchern durch den Rost vollständig durchgefressen. Ueberall aber zeigte es sich an den veralteten und verrosteten Bruchstellen, daß die Schwellen seit Jahren in diesem unerhörten Zustande die größten Belastungen aushalten mußten. Bei einer Strecke von 185 Metern zählte ich 64 angebrochene und zerbrochene Stellen. An einer Stelle waren 14 Schwellen hintereinander aus schwerster Lärche. Es ist also als ein wahres Bild zu betrachten, daß hier nicht eine der täglich verkehrenden Schnellzüge die Schienen auseinanderriß und somit ein unermeßliches Unglück geschehen wäre. Das Auswechseln der zerbrochenen Schwellen zieht sich dadurch unnötig in die Länge, da nicht genügend Schwellen vorhanden sind, auch nicht mit der erforderlichen Schnelligkeit hingeholt werden. Es scheint festzustellen, daß die untergeordneten Behörden, als sie den Schaden entdeckt hatten, ihre Pflicht getan haben, um schleunigst für Abhilfe zu sorgen. Die Schlamperie liegt an den höheren Stellen; der Bureaumatismus feiert seinen Triumph. Ehe die Bestellungen der untergeordneten Behörden bei den entscheidenden Stellen angelangt sind, vergeht eine geraume Zeit. Der berühmte Amtschimmel bekommt Moos auf den Buckel, ehe die Sache ihre Erledigung gefunden hat. Man fragt sich, welches Unheil konnte hier entstehen. Kommt es dann zu einem größeren Unglück, wie in den letzten Zeiten, dann wird der sogenannte Attentäter gesucht. Kein Mensch im Publikum glaubt auch bei dem letzten Unfall an ein Attentat. Man geht sogar soweit, abgebaute Eisenbahner solcher unerhörten Verbrechen zu beschuldigen. Man würde die Sache viel leichter haben, wenn man die Täter in den verantwortlichen Stellen suchen würde, die für diese Schlamperie verantwortlich gemacht werden müssen. Es zeigt sich auch in diesem Falle, daß der unerhörte und übertriebene Abbau solche Zustände mit verschuldet hat. Der unzureichende Bestand des Personals reicht nicht mehr aus, um ordnungsgemäß die Strecken zu untersuchen und rechtzeitig für Abhilfe sorgen zu können. Wüßte das reisende Publikum immer, wie völlig unzureichend die Reichseisenbahn das Leben des reisenden Publikums sichert, dann wäre der Sturm gegen solche Leichtfertigkeit noch viel größer, als es zurzeit schon der Fall ist.

Für unsere Herbst-Jugendweihen

im Großen Schauspielhaus am 12., 19. und 26. September sind Gastkarten zum Preise von 1 M. in folgenden Verkaufsstellen erhältlich:

Für Berlin (Großes Schauspielhaus): Jugendsekretariat Groß-Berlin, Einbehr, 2, 2. Hof, 2 Treppen (Zimmer 11), geöffnet von 9 bis 4 Uhr, Mittwochs und Freitags von 9 bis 7 Uhr. G. Joseph, NW 21, Büchelmannstr. 46 (Spekulation); A. Schön, N. 66, Müller, Ecke Unter den Eichen (Spekulation); V. Reuß, N. 63, Kirchstr. 21 (Wohlfahrt); Hoffmann, N. 66, Pöhlstr. 3 (Wohlfahrt); V. Dohren, N. 67, Spinnmühlstr. 11 (Wohlfahrt); H. Ditt, N. 29, Kaserstr. 174 (Spekulation); E. Gerth, N. 118, Greifenhagenstr. 22 (Spekulation); A. Andersen, N. 31, Greifmühlstr. 19; Fischer, N. 28, Ballustr. 7; W. Schö, N. 18, Rantobergstr. 45, 1. Et.; V. Böll, N. 28, Immunitätsstr. 24 (Spekulation); Brand, O. 17, Marzahnstr. 36 (Spekulation); M. Herwig, O. 34, Adonisberger Str. 37 (Wohnen); 2. Weisbach, O. 34, Pöhlstr. 22 (Wohlfahrt); A. Weis, O. 34, Pöhlstr. 22 (Wohlfahrt); 4. Speil, N. 2, 4. Et.; 2. Pöhl, O. 36, Daulber Platz 14/15 (Spekulation); H. Götze, Baumhaustr. 15, 3. Et.; E. Weisbach, Krossow, Gröbstr. 30 (Spekulation); Hoffmann, Schöneberg, Reiziger Str. 37 (Spekulation).

Ferienkursus Berlin-Brandenburg.

Wie wir bereits ankündigten, wird vom Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit im Bezirk Berlin-Brandenburg in der Woche vom 19. bis 25. September ein Kursus abgehalten, an dem Genossen und Genossinnen, die ihr theoretisches Wissen bereichern wollen, sich beteiligen können. Das Thema des Kursus lautet „Der Marxismus in der Gegenwart“. Als Lehrer ist der Genosse Dr. Karl Schröder gewonnen worden, der im Rahmen des Kursus über folgende Fragen sprechen wird: Die Kernfragen des Marxismus. — Der historische Materialismus. — Die Klassentheorie. — Marxismus und Reformismus. — Marxismus und Bolschewismus. — Marxismus und Psychologismus. — Der lebendige Marxismus als Gesellschaftslehre.

Der Kursus selbst findet nicht in Form einer trockenen Vortragsreihe statt, sondern an die Vorträge soll sich eine lebendige Aussprache knüpfen, bei der den Hörern die Möglichkeit gegeben ist, die aufgeworfenen Probleme eingehend zu erörtern und in lebendiger Gemeinschaftsarbeit zu einer tieferen Auffassung der wichtigsten Fragen der sozialistischen Bewegung zu gelangen. Daneben ist Vorgesorge getroffen, daß nicht nur der Geist, sondern auch der Körper zu seinem Recht kommt. Der Kursus findet in der landschaftlich schon gelegenen Oberkiesmühle bei Freienwalde an der Oder statt, in der die Teilnehmer für 3,50 M. pro Tag gute Verpflegung und Unterkunft finden. Neben den Vorträgen und Aussprachen soll natürlich auch die Geselligkeit gepflegt und Zeit für Ausflüge, Spaziergänge usw. gelassen werden. Die Teilnehmergebühr für den Kursus beträgt 5 M., die bei der Anmeldung bezahlt werden müssen. Wer an den Kursus teilnehmen will, melde sich bis zum 10. September beim Bezirksbildungsausschuh der S.P.D., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Zirkus Krone im Westen.

Unter dem großen Zirkuszelt in der Kaiserallee eröffnete der Zirkus Krone seine Vorstellungen. Der Grundlag, durch die Masse der Darbietungen zu imponieren, ja, einfach zu überwinden, hat, gemessen an den Leistungen der Vorjahre, noch eine Steigerung erfahren. Dorum ist es natürlich nicht möglich, jede Einzelnummer zu würdigen, obwohl die Arbeit, die in jeder Nacht, es voll und ganz rechtfertigt. Man kann überhaupt beobachten, daß die Artisten nicht erschaffen, trotzdem der einzelne infolge der Raffiniertheiten nicht so scharf beobachtet wird, wie er es sonst gewohnt sein mag. Der Wille zur Leistung, zum Uebertrumpfen des Berufscollegen, erzielt einen tollen Erfolg schier unmöglich erscheinender Sensationen. So hat der Zuschauer vor sich, links von sich, rechts von sich, allüberall Umechaltungen. Er kommt aus der Spannung seiner Nerven gar nicht heraus, die in diesem Falle zu einer wohlthuenden Ablenkung von alltäglichen Dingen, mithin zu einer völligen Ent-

spannung wird. Drei Manegen und zwei Bühnen, die, ohne Zeitverlust, durch ein paar Handgriffe zur Rennbahn erweitert werden können, sind nötig, um die 116 Zirkusnummern unterzubringen. Bei singemäher Raumausnutzung ist es ermöglicht, daß das Publikum 16 Luftturner auf einmal unter der Zirkuskuppel arbeiten sieht. Direktor Krone führt wieder eine ganze Herde Elefanten vor. Im Programm findet man neben den Namen der bekanntesten Pauk- und Reiter, wie Ahlers, Schumann, Kappa, Bauer, die man immer gerne sieht, die wertvolle Reitertruppe Cassi, deren Mitstreiter vorzügliche Springer sind. Unter den Raubtierdompteuren ist Montbaron ein neuer Mann. Er führt bengalische Königstiger vor, die lange für die schönsten Tiere galten, doch gewährt man in der von Bendig vorgeführten Gruppe so prächtige sibirische Tiger, daß man zu der Ueberzeugung kommt, der Tiger ist in jeder geographischen Form schön. Bendig, ein Meister der wilden Dressur, feierte im vergangenen Winter in den russischen Staatszirkussen große Triumphe. Helios mit einer gemischten Gruppe, Tiger und Löwen, und Lola Tex, die vorzügliche Bären-dompteuse, sind auch bekannt aus den Vorjahren.

Ein Opfer spinaler Kinderlähmung? Wie erst jetzt bekannt wird, ist das zweijährige Töchterchen des Redakteurs F. zu Charlottenburg, das vor einiger Zeit unter Begleitumständen erkrankte, die auf spinale Kinderlähmung schließen ließen, am Sonntag gestorben. Bisher hielt aber nach keine Bestätigung der Nachricht vor, daß es sich tatsächlich um einen Fall von spinaler Kinderlähmung handelt.

Das Arbeiterportfest in Wannsee findet nicht am 19., sondern am Sonntag, den 12. September, auf dem neuen Spiel- und Sportplatz statt.

Schweres Untergrundbahnunglück in Brooklyn.

Zwei Tote, dreißig Verwundete.

Ein aus sechs Wagen bestehender Untergrundbahnzug, der zwischen Manhattan und Conensland verkehrt, geriet während er einen 30 Fuß tiefen Tunnel durchfuhr, in einen Gewittersturm. Der Führer des Zuges verlor 600 Meter vor der Einstiegsstelle eines Bisses in den Tunnel den Zug zum Halten zu bringen, was ihm jedoch mißlang. Von der Einstiegsstelle des Bisses kürzten abbrechende Steine und Erdmassen auf den Zug; die Fenster und Dächer der Wagen wurden zertrümmert, und eine große Anzahl von Personen unter den Trümmern begraben. Die verzweifelten Menschen versuchten in der Dunkelheit die Türen zu öffnen, was ihnen jedoch nicht möglich war, da die Remporter Untergrundbahntüren automatisch schlossen. Man benutzte deshalb die Fenster als Ausgänge. Zwei Personen sprangen hierbei gegen die Hochspannungsleitung und wurden sofort getötet. In der Dunkelheit entstand eine Riesenpanik. Die erste Hilfe traf erst zwei Stunden nach dem Unglück ein, da die Hilfsmannschaften sich erst den Weg nach der Unglücksstelle bahnen mußten. Zwei Tote und 30 Schwerverletzte, die auf einem schmalen Seitenweg nach der nächsten Station gebracht wurden, fielen der Katastrophe zum Opfer.

Eisenbahnunglück in Amerika. Ein Zug der Chicago-and-North-Western-Eisenbahn fuhr nach einer Meldung aus Chicago auf einen im Bahnhof Courtland Street haltenden Zug auf. Die zwei letzten Wagen des haltenden Zuges, in dem sich Ausflügler befanden, wurden ineinandergeschoben. Acht Personen wurden getötet und 100 verletzt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

22. Ust. Seite Abend 7 1/2 Uhr bei Kobay, Präfektur Straße, Funktionär-Verammlung. Erscheinen Pflicht.

